

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kathrin Anklam-Trapp und Ingeborg Sahler-Fesel (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen

### Kultursensible Pflege in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 2436** vom 15. September 2009 hat folgenden Wortlaut:

Zurzeit werden nur in Einzelfällen Migrantinnen und Migranten in stationären Einrichtungen gepflegt. Ihre Zahl wird sich in den kommenden Jahren erhöhen, da ein Großteil der Einwanderergeneration demnächst ein Alter erreicht, in dem eine Pflegebedürftigkeit eintreten kann. Für viele Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund in Deutschland ist es ein neues Phänomen, dass ältere Menschen nicht ausschließlich in der Familie versorgt werden. Als problematisch erweisen sich hierbei die teilweise immensen kulturellen Unterschiede im Hinblick auf Sprache, Religion, Ess- und Trinkgewohnheiten. Kultursensible Pflege trägt dazu bei, dass eine pflegebedürftige Person entsprechend ihrer individuellen Werte, kulturellen und religiösen Prägungen und Bedürfnissen leben kann.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung bei der Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen im Bereich der Betreuung und Pflege besondere Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten berücksichtigt und hierfür rechtliche Grundlagen geschaffen?
2. Was hat die Landesregierung veranlasst, beispielsweise im Rahmen von Modellprojekten, um Migrantinnen und Migranten in das Pflegesystem zu integrieren?
3. Information und Beratung sind bei der pflegerischen und gesundheitlichen Versorgung wichtig. Was hat die Landesregierung veranlasst und welchen Auftrag haben die Pflegestützpunkte in diesem Zusammenhang?
4. Was hat die Landesregierung unternommen, um mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund für den Pflegeberuf zu gewinnen?

Das **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. Oktober 2009 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

In Rheinland-Pfalz ist „Kultursensible Altenpflege“ ein wichtiges Zukunftsthema und Teil der Initiative „Menschen pflegen“. Die pflegerische Versorgung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den Kommunen zu, da auf der regionalen Ebene die familiäre Versorgung, professionelle Pflegeleistungen und unterstützende Hilfen durch bürgerschaftliches Engagement ineinandergreifen und die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.

Rheinland-Pfalz verfügt über ein bedarfsgerechtes System ambulanter und stationärer Pflegeeinrichtungen. Die Strukturen sind stets weiterzuentwickeln, damit sie künftigen Anforderungen gewachsen sind.

Diesen Ansatz verfolgt das am 1. Januar 2006 in Kraft getretene Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur. Ziel ist die Sicherstellung einer leistungsfähigen und wirtschaftlichen Angebotsstruktur und deren bedarfsgerechte Weiterentwicklung in den Bereichen der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege und der komplementären Hilfen im Vor- und Umfeld der Pflege, um die Pflege und die damit zusammenhängende soziale Betreuung nachhaltig zu gewährleisten.

Das Landespflegestrukturgesetz enthält Grundsätze pflegerischer Versorgung und Strukturvorgaben, die bei der Pflegestrukturplanung, in den regionalen Pflegekonferenzen, bei der Beratung und Koordinierung von Hilfen und letztlich bei der Leistungserbringung durch die Pflegedienste und Einrichtungen zu berücksichtigen sind.

Einer der Grundsätze besagt, dass bei der Leistungserbringung den unterschiedlichen kulturspezifischen Bedürfnissen von pflegebedürftigen Menschen angemessen Rechnung getragen werden soll. Die Verankerung dieses Grundsatzes im Landespflegestrukturgesetz hebt den Stellenwert der kultursensiblen Pflege in Rheinland-Pfalz hervor.

Der Entwurf des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe (LWTG) enthält die Vorgabe, dass ältere Menschen, volljährige Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige volljährige Menschen, die in Wohnformen unterschiedlicher Ausprägung zusammenleben, in ihrer Kultur, Religion oder Weltanschauung begründeten Lebensweise und hinsichtlich ihrer geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Bedarfe zu achten sind. Die Bedarfe sind danach in den individuellen Pflege- und Teilhabeplänen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen für jeden Bewohner und jede Bewohnerin erstellen, festzuhalten und in der praktischen Durchführung auch zu berücksichtigen.

Zu 2.:

Der Anteil der älteren Menschen mit Migrationshintergrund ist noch vergleichsweise gering, wird in den nächsten Jahren aber deutlich wachsen. Bereits jetzt haben viele Menschen aus der Generation der angeworbenen Arbeitskräfte ein Alter erreicht, in dem sie auf Unterstützung und kultursensible Pflege angewiesen sind.

Die Landesregierung hat daher frühzeitig Initiativen ergriffen, um Migrantinnen und Migranten in das Pflege- und Gesundheitssystem zu integrieren, beispielsweise durch die modellhafte Einrichtung einer Beratungsstelle für ältere Migrantinnen und Migranten, um weitere Erkenntnisse zur Verbesserung der psychosozialen und gesundheitlichen Versorgung zu gewinnen. Sie hat darüber hinaus in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. Fachveranstaltungen und Fortbildungen für Fachkräfte und Beratende in der Pflege durchgeführt und wird diese auch zukünftig anbieten und unterstützen. Bereits im Juni 2005 fand in Mainz die Auftaktveranstaltung Rheinland-Pfalz zur Bundeskampagne für eine kultursensible Pflege statt. Dabei wurde das Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe von vielen verschiedenen Institutionen (Kommunen, Land, freie Träger der Altenhilfe, Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen) unterzeichnet. Der direkt im Anschluss in Mainz gegründete runde Tisch zur kultursensiblen Altenpflege arbeitet seither unter Einbeziehung von Praktikerinnen und Praktikern an Vorschlägen und Konzepten zur Umsetzung des Memorandums und bringt sein Fachwissen ein.

Es ist ein Ziel des Landesintegrationskonzeptes, die Teilhabe an und die Nutzung von Angeboten im Gesundheitsbereich auch für ältere Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern und Zugänge zum System der gesundheitlichen und der psychosozialen Versorgung stärker zu öffnen.

Ein wichtiger Schritt dazu ist die in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale zur Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. und dem Zentrum für Migration und Bildung e. V. entwickelte Broschüre „Familien kultursensibel pflegen“ als ein interkulturelles Begleitheft zum Familienpflegeratgeber. Das Begleitheft, im Jahr 2009 veröffentlicht, wendet sich an Beratende in der Pflege und Pflegekräfte, um sie darin zu unterstützen, sich auf die besonderen Belange älterer Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen. Für die Ratsuchenden enthält sie wichtige Informationen und Hinweise auf Ansprechpartner, Projekte und Adressen.

Ein sehr wichtiges Projekt sind in diesem Zusammenhang die Gesundheitsteams vor Ort, die in Mainz und Trier in Stadtteilen mit schwierigem sozialem Umfeld aktiv sind und sich auch an Migrantinnen und Migranten richten. Die Fortsetzung des Projekts ab 2009 ist sichergestellt.

Darüber hinaus ist geplant, die gesundheitlichen Informationen im Internetangebot des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen in unterschiedliche Sprachen übersetzen lassen, um ihre Nutzung für Migrantinnen und Migranten zu erleichtern.

Zur Unterstützung der Fachkräfte hat die Landeszentrale für Gesundheitsförderung eine Informationsbroschüre „Mehr als Tee und Baclava“ zum Thema kultursensible Pflege für Schülerinnen und Schüler in der Altenpflege und für Pflegekräfte zur Verfügung gestellt.

In verschiedenen Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Integrationskonzeptes und speziell in der Unter-Arbeitsgruppe „Kultursensible Altenhilfe“ befassen sich Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung mit Partnerinnen und Partnern intensiv mit diesen integrationspolitisch wichtigen Themen.

Aus Projektmitteln der Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration werden zwei Projekte der Arbeiterwohlfahrt an den Standorten Koblenz/Bendorf und Mainz für das Jahr 2009 mit insgesamt 11 208 Euro bezuschusst.

Zu 3.:

Rund um die Pflege und Unterstützung muss die Beratung, beispielsweise über die unterschiedlichen Angebote, die Organisation oder die Finanzierung von Hilfen, immer am Anfang stehen. In Rheinland-Pfalz wurden bereits im Jahr 1995 Beratungsstrukturen in der pflegerischen Versorgung und Unterstützung geschaffen, die sich als Lotsen im Hilfesystem bewährt haben und bundesweit insoweit einmalig sind. Die landesweit 135 Beratungs- und Koordinierungsstellen wurden zum 1. Januar 2009 zu Pflegestützpunkten weiterentwickelt.

Pflegestützpunkte haben die Aufgabe, umfassend und unabhängig über Leistungen, Angebote und Anbieter zu informieren und zu beraten, die in Betracht kommenden Hilfen zu koordinieren und Versorgungs- und Unterstützungsangebote zu vernetzen. Sie sind erste Anlaufstelle in Fragen rund um die Pflege. Die Pflegeberatung erfolgt auf Wunsch auch zu Hause.

Die Strukturen im Bereich der Pflege und dem Pflegeumfeld, besonders im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, werden gefördert, in die Stützpunktarbeit einbezogen und vernetzt. Das gilt auch für Gruppen, Organisationen und Kontaktstellen im Bereich der Selbsthilfe. Die Arbeit der Pflegestützpunkte trägt dazu bei, die Teilhabe von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf an der Gesellschaft zu stärken. Die Pflegestützpunkte helfen nicht nur im Pflegefall weiter. Sie helfen auch, zu überlegen, wie Pflegebedürftigkeit vermieden, hinausgeschoben oder eine Verschlechterung vermieden werden kann. Pflegestützpunkte arbeiten somit auch präventiv und geben auch Informationen zu Hilfsmitteln oder baulichen Veränderungen in der Wohnung.

Die Fachkräfte der Pflegestützpunkte stehen allen Rat- und Hilfesuchenden mit und ohne Pflegebedarf als Ansprechpartner mit ihrem kostenlosen Angebot zur Verfügung.

Zu 4.:

Von 2005 bis 2009 haben die Landesregierung und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung das Modellprojekt „Ausbildungsvorbereitung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf eine qualifizierte Berufsausbildung in der Pflege“ (AmquiP) am Klinikum der Stadt Ludwigshafen und an der Berufsbildenden Schule Hauswirtschaft und Sozialpädagogik in Ludwigshafen gefördert. Es setzte dabei an der Schnittstelle Schule und berufliche Bildung an. Zielgruppe des Projekts waren schulpflichtige Jugendliche mit Migrationshintergrund und einem Abschlusszeugnis der Hauptschule. Ziel war, das Potenzial der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, besonders die spezifischen Kompetenzen im Bereich kultursensible Pflege, für die Ausbildung in der Pflege zu erschließen. Dazu wurden sie innerhalb von zwei Jahren in der Berufsfachschule I und II, Fachrichtung Gesundheit/Pflege, sprachlich und fachlich besonders gefördert.

Das Modell in Ludwigshafen lief bis August 2009. Der systematische und nachhaltige Transfer der Erfahrungen und Ergebnisse des Modellversuchs ist fester Bestandteil des Projekts. Die Berufsbildende Schule Hauswirtschaft/Sozialpädagogik Ludwigshafen ist als Referenzschule zur Übertragung des Konzepts an anderen Berufsfachschulen mit der Fachrichtung Gesundheit/Pflege vorgesehen. Für potenzielle Partner im Gesundheitswesen übernimmt diese Rolle das Klinikum Ludwigshafen.

Malu Dreyer  
Staatsministerin